

UNBESCHÄDIGT DURCH DIE KRISE?

Ivan Lesay, Bernhard Leubolt (Hg.): Lateinamerika nach der Krise – Entwicklungsmodelle und Verteilungsfragen.

LIT-Verlag, Wien-Berlin 2012, 227 Seiten, 19,90 Euro

Diese 15. Ausgabe des Jahrbuchs des Österreichischen Lateinamerika-Instituts beschäftigt sich mit der viel zitierten Krise, jenem von den Finanzzentren des globalen Nordens ausgehenden Debakel, das 2008/2009 seinen (vorläufigen?) Höhepunkt fand und das gerade Südamerika bemerkenswert gut überstanden hat. Das trifft nicht auf den Raum Mexiko-Zentralamerika-Karibik zu, der aufgrund der stärkeren wirtschaftlichen Verflechtung mit den USA mehr in die Abwärtsspirale einbezogen wurde.

Zwar könnte man angesichts der jüngsten Kapitalabzüge aus dem Globalen Süden mit anschließendem Kursverfall der betroffenen Währungen von einer schon wieder veralteten Thematik sprechen, dennoch lohnt es, jene Faktoren auf dem Subkontinent zu beleuchten, die Lateinamerika nach der Durststrecke der 1970er, 80er und 90er Jahre endlich wieder makroökonomisch und auch sozialstaatlich nicht auf die Überhol-, aber immerhin auf die Einholspur brachte.

Johannes Jäger beschreibt, ausgehend von einer kurzen Einführung in die großen wirtschaftstheoretischen Schulen der Neoklassik, des Keynesianismus und in Politökonomie, verschiedene lateinamerikanische Entwicklungsmodelle und ihre Wechselwirkung mit dem sich wandelnden weltwirtschaftlichen Umfeld. Er plädiert für die auf der politischen Ökonomie beruhende Regulationstheorie als Analyse- und Erklärungsgrundlage.

Joachim Becker erklärt, warum die Krise des Globalen Nordens Südamerika nur kurz „eingetaucht“ hat. Kurz gesagt wurde von den zwei Infektionswegen, Finanz- und Exportkanal, nur letzterer für den Subkontinent schlagend (Verringerung der Rohstoffnachfrage). Doch dieser Effekt konnte durch eine schon länger in Ausweitung begriffene Binnenmarktnachfrage minimiert werden. Becker (siehe den Einleitungsartikel zum Thema in diesem Heft) schreibt aber keine reine Erfolgsstory, sondern geht auch auf die Risiken ein, die mit dem auf Rohstoffexport beruhenden Aufschwung (*Re-Primarisierung*) einhergehen.

Dieter Boris gibt einen Überblick zur Entwicklung der Sozialstrukturen seit der Unabhängigkeit Lateinamerikas, eingeteilt in vier große Phasen: Post-Unabhängigkeitsperiode ca. 1825–1860/70; Export-Import-System 1870/80–1930; importsubstituierende Industrialisierung ca. 1930–1980 und anschließend die neoliberale Phase, teilweise bis heute.



In gewisser Weise aufbauend auf den Beitrag von Boris geht die Brasilianerin Laura Tavares Soares auf die Sozialpolitiken nach der teilweisen Linkswende am Subkontinent ein. Wie Boris sieht sie dabei keinen klaren Bruch mit dem neoliberalen Gedankengut. Sie konstatiert eine lediglich teilweise Wiederbelebung von Grundsätzen staatlicher Politik, wie sie in den Kämpfen der 80er Jahre (90er in Chile) gegen den Autoritarismus formuliert wurden: Dezentralisierung, Universalisierung politischen Handelns, gleiche Rechte für alle StaatsbürgerInnen.

Elmar Altvater kritisiert schließlich die Hoffnung auf „grünes Wachstum“ und betont den Fokus, der sich dabei auf Lateinamerika und besonders Brasilien richten soll.

Es folgt ein Teil mit Länderbeispielen, der von Andreas Novy eingeleitet wird. Er beschreibt den brasilianischen Entwicklungsstaat im historischen Verlauf und in seinem aktuellen Comeback. Den Zugang der Arbeiterpartei (PT) Lulas, durch Umverteilung Wachstum zu erzeugen, beurteilt er als gelungen. Er warnt gleichzeitig vor einem Entwicklungsmodell, das zu

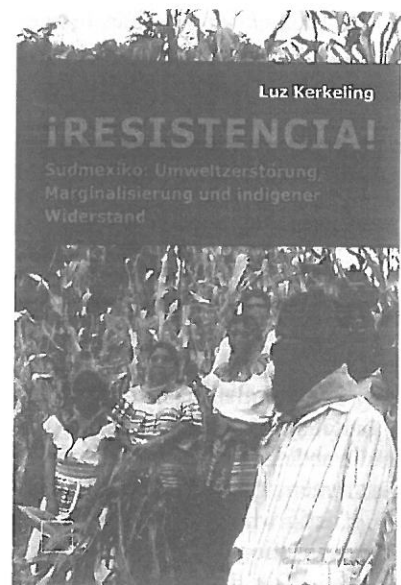
sehr auf importierten, nicht-nachhaltigen Konsum- und Produktionsmustern beruht.

Weitere Beiträge zu Mexiko, Venezuela, Bolivien und Chile runden den Sammelband ab, der einen guten Überblick zur sozialökonomischen Geschichte Lateinamerikas seit der Unabhängigkeit bietet, mit Schwerpunkt auf den Entwicklungen um und seit 2008. Auf dieser Grundlage lassen sich die jüngsten weltwirtschaftlichen Vorgänge unter Einbeziehung Lateinamerikas gut einschätzen.

Jürgen Kreuzroither

SÜDMEXIKO IM WIDERSTAND

Luz Kerkeling: ¡Resistencia! Südmexiko: Umwelterstörung, Marginalisierung und indigener Widerstand. Münster 2013, Unrast Verlag, 576 S., 26,80 Euro



Der Autor ist kein Sozialtheoretiker, aber sein neues Buch ist eine soziologische Studie, und die ist ganz explizit emanzipatorischer Politik verpflichtet. Kerkeling beschreibt seine Arbeit selbst als „eine akteursorientierte und deskriptiv-analytische Langzeitstudie“. Er bezeichnet sich selbst in Führungszeichen als „Lautsprecher“ für die Themen und Menschen, denen er sich gewidmet hat. Auf theoretische Interventionen kommt es ihm weniger an. Gegenstand der Studie sind die sozialen Bewegungen im Süden Mexikos, die sich gegen Marginalisierung, rassistische Ausgrenzung und gegen Umwelter-

weiter Seite 32 ➔

⇒ von Seite 31: SÜDMEXIKO ...

störung zur Wehr setzen und für ein würdiges Leben eintreten.

Selbstverständlich sind dabei dem Zapatismus, der Anfang 1994 mit einem Aufstand im Bundesstaat Chiapas für internationalen Wirbel sorgte, ein eigenes Kapitel und verschiedene Nebenbetrachtungen gewidmet. Aber er steht nicht allein im Zentrum der Arbeit, und es ist das erste Verdienst Kerkelings, einer hiesigen LeserInnenschaft Einblick in ähnliche Konfliktfelder und Bewegungsdynamiken zu liefern, die neben Chiapas auch noch Oaxaca und Guerrero umfassen. Alle drei gehören zu denjenigen der 32 mexikanischen Bundesstaaten, in denen sowohl die Armut als auch der Anteil der indigenen Bevölkerungsgruppen an der Gesamtbevölkerung besonders groß ist.

Das ist keine zufällige Koinzidenz, sondern ein systematischer Zusammenhang. Auch solche Hintergründe, vor denen der schließlich untersuchte „indigene Widerstand“ sich abspielt, präsentiert das Buch mit langen Zitaten aus der Sicht der Befragten. Kerkeling hat bei mehrmaligen Aufenthalten vor Ort über 100 Interviews geführt, nicht nur mit Aktivistinnen und Aktivistinnen, sondern auch mit NGO-MitarbeiterInnen, wissenschaftlichen ExpertInnen zu den jeweiligen Themen und anderen. Auch staatliche Quellen, Statistiken wie Statements, werden integriert.

Indigener Widerstand besteht aus einer Vielzahl von radikalen Basisorganisationen, er findet sich punktuell gegen infrastrukturelle und/oder touristische Großprojekte zusammen oder existiert organisatorisch langfristig wie im Falle der Zapatistas oder des Nationalen Indigenen Kongresses (CNI). Die Themen und Situationen, an denen sich solche Widerstände entzünden, sind so vielfältig wie systematisch, insofern sie alle im Kontext kapitalistischer Entwicklungs- und Modernisierungslogik stehen: Im Umweltbereich etwa beschreibt Kerkeling die Durchsetzung von Monokulturen, den Tagebau, Großstaudämme und auch den Tourismus als Konfliktanlässe. Aber auch Umsiedlungsprojekte wie die Gründung sogenannter „Landstädte“, die die verstreut in Dörfern und Siedlungen lebende Landbevölkerung in zentralisierten Einheiten zusammenfassen sollen und von Kerkeling als „komplexer Kontrollmechanismus“ (117) bezeichnet werden, sind als Auslöser für Widerstand

beschrieben. Kerkeling überzeugt dabei einerseits mit detailliertem und immer wieder beinahe erschlagendem Faktenwissen und liefert damit bereits eine für Lateinamerikastudien fortan unumgängliche Arbeit zu Sozialstruktur und Politik in Mexiko. Inhaltlich ist das oft niederschmetternd, wenn etwa aufgezeigt wird, dass allein durch das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in zehn Jahren mehr als 6,2 Millionen Bauern und Bäuerinnen in die Migration gezwungen wurden. (132)

Auf diese Art von Machteffekten hinzuweisen, ist dennoch alles andere als entmutigend. Erstens, weil Machteffekte hier nicht als diffuse Wolke erscheinen, die alles vernebelt, sondern in Form konkret benennbarer Kräfte beschrieben werden (etwa Agrar- und Pharmakonzerne, neoliberale Think Tanks, die mexikanische Regierung etc.). Das heißt nicht, dass Kerkeling von einem homogenen, repressiven Block oder von Herrschaftsmechanismen ausgeht, die sich nicht verändern. Das Entwicklungsprogramm „Chiapas Solidario“ etwa schildert er als Regierungsform, in der explizit mit dem Aufgreifen vormals linker, oppositioneller Vorstellungen und Vokabeln gearbeitet wird.

Zweitens, und das ist ja das Hauptanliegen des Buches, kommen eben gerade diejenigen zu Wort, die sich zur Wehr setzen. Die vielfachen Autonomiebestrebungen werden immer auch als Alternative zur kapitalistischen Modernisierung diskutiert. Verschiedene aktivistische Zusammenschlüsse wie etwa die „Indianischen Organisationen für Menschenrechte in Oaxaca“ (OIDHO), der schon genannte CNI oder die neben der EZLN tätigen Guerilla-Gruppen in Chiapas werden ausführlich in ihren Organisationsstrukturen wie auch hinsichtlich ihrer Bündnispolitiken beschrieben. Und dies geschieht immer entlang der Auskünfte und Sichtweisen der Beteiligten. Dabei werden auch quer zu den jeweiligen Gruppen und Anlässen liegende bzw. sie durchziehende Kampfschauplätze berücksichtigt: Kerkeling widmet den Kämpfen von Frauen ein eigenes Kapitel und vergleicht Forderungen und Problemlagen zwischen den Bewegungen.

Es ließe sich nun sicherlich darüber streiten, ob all dieser Widerstand selbst „indigen“ ist oder ob es sich bei der ethnischen Bestimmung nicht nur um die Klassifizierung der Menschen handelt, die ihn ausüben. Zu konstatieren, dass die Perspektive desjenigen, der hier über zehn

Jahre analysiert und vergleicht, zu anderen Ergebnissen kommt als diejenigen, die direkt involviert sind, kann jedenfalls auch als logisch und ehrlich statt als verwerflich gelten. Kerkeling hat seine selbstgestellte Aufgabe, ein nah an den Kämpfen orientiertes und doch panoramisches Bild über die Situation in Südmexiko zu liefern, hervorragend gelöst. So ein Buch sollte es für alle Regionen geben, in denen die sozialen und politischen Widersprüche zu Mobilisierungen von unten führen.

Jens Kastner

BOLIVIANISCHER EXTRAKTIVISMUS

Isabella Radhuber: Der plurinationale Staat in Bolivien. Die Rolle der Ressourcen- und Budgetpolitik.

Verlag Westfälisches Dampfboot,
Münster 2013, 340 Seiten, 35,90 Euro

Mit der ersten Amtszeit von Präsident Evo Morales in Bolivien im Jahr 2006 begann in der Andenrepublik Bolivien ein Prozess der Aufwertung der indigenen Bevölkerung. Der Aymara und ehemalige Chef der Kokabauern-Gewerkschaft holte nicht nur Indigene in seine Regierung, sondern initiierte eine Verfassungsreform, die den plurinationalen Charakter der bolivianischen Gesellschaft anerkannte und Elemente der indianischen Philosophie in das Rechtsdenken zu integrieren versuchte.

Die Aufwertung der indigenen Völker stieß jedoch dort an ihre Grenzen, wo die ökonomischen Interessen des Staates im Vordergrund standen. Unbestritten ist jedoch, dass ein größerer Teil des staatlichen Budgets bei den Armen und den bisher marginalisierten Indigenen ankommt. Dennoch ist Bolivien von einem Vorbild ethnischer Pluralität noch immer weit entfernt.

Gegen die Reformen haben sich nicht nur die reicheren mestizischen Tiefland-Departements (Beni, Pando, Santa Cruz und Tarija) erhoben. Vielmehr mussten die härtesten Auseinandersetzungen mit indianischen Organisationen geführt werden. Denn das neoextraktivistische Modell, das auf dem massiven Export unverarbeiteter Rohstoffe beruht, wird nicht in Frage gestellt. Vielmehr wird die indigene Autonomie zugunsten der territorialen Autonomie reduziert. „Klar wird jedenfalls“, so der